OFFENER BRIEF AN DIE BEVÖLKERUNG DER DDR
AUS ANLASS DES KIRCHENTAGES

Leipzig, 6.Juli 1989

Mit großer Besorgnis beobachten wir die seit Wochen offen zu Tage tretende Gewalt staatlicher Organe in Leipzig, gottesdienstbehinderungen,die Auflösung friedlicher Demonstrationen und die Einschränkungen der Rechte auf gesellschaftliche Mitbestimmung, freie Meinungsäußerung, Freizügigkeit und Verteidigung dienen nicht dem inneren Frieden.

Wer gegen friedliche Demonstrationen und freie Meinungsäußerung mit Gummiknüppeln, Hausarresten, vorläufigen Festnahmen, Strafbefehlen, Haftstrafen, Berufsverboten und Nötigung zum "freiwilligen" Verzicht auf das Recht auf Verteidigung vorgeht, macht sich des Machtmißbrauchs schuldig.

Die Folgen sind nicht nur ein weiterer Vertrauensverlust der Bevölkerung und die Verstärkung des Gefühles der Rechtsunsicherheit, sondern auch psychisch und physisch Verletzte.

Staatliche Entscheidungsträger, die, wie im Falle Swen Kulows, einen von Bereitschaftspolizei brutal mißhandelten friedlichen Demonstranten wegen Widerstandes gegen staatliche Organe und Beleidigung gerichtlich belangen wollen, müssen sich fragen lassen, ob die DDR überhaupt ein Rechtsstaat ist und wie es mit der Verhältnismäßigkeit der Mittel steht.

Der Verfassungsgrundsatz, daß Achtung und Schutz der Würde und Freiheit der Persönlichkeit für alle staatlichen Organe Gebot sind (Art.19) wird genauso verletzt wie das Recht auf freie Meinungsäußerung (Art.27), Versammlungsfreiheit (Art.28) und freie Ausübung der Religion (Art.39).

Die Angst der Regierung der DDR und der SED-Führung vor Reformen hin zu einer demokratischen Gesellschaft spiegelt sich aber nicht nur in den Repressionen gegen die Besucher des montäglichen Friedensgebetes und Leipziger Menschenrechtsgruppen wieder, sondern auch in der moralischen und propagandistischen Unterstützung staatsterroristi-

scher Regieme, wie China und Rumänien, der offensichtlich gezielten Wahlfälschung bei den Kommunalwahlen - in Leipzig wurden in den einzelnen Wahlbezirken von Menschenrechtsgruppen zwischen 8,2 und 11,7 % Nein-Stimmen sowie rund 9 % Nichtwähler registriert - und einer einseitigen, bevormundenden, beeinflussenden und zum Teil diffamierenden Berichterstattung in der gelenkten Presse der DDR.

Wir sind der Meinung, daß die Repressionen und propagandistischen Ausfälle der letzten Monate nicht zur Verbesserung des aufgrund der ökonomischen und ökologischen Probleme ohnehin gespannten innergesellschaftlichen Klimas beitragen.

Wir sehen durch die Verletzung der Wahrheit und der Gerechtigkeit die demokratische Öffentlichkeit und insbesondere auch die Verantwortung der Christen für die DDR herausgefordert und rufen sie deshalb dazu auf:

1. Gegen erlebtes und erfahrenes Unrecht einzustehen, indem Gemeindegruppen einzeln und in Gemeinschaft für jeden zu Unrecht Verfolgten Fürbitte halten und aktive Hilfe (Geldsammlung, seelischer Beistand) leisten.
2. Politisch aktiven Gemeindegruppen Kirchen und Räume für Fürbitt- und Informationsveranstaltungen zur Verfügung zu stellen, um unserer Verantwortung für die Welt in gewaltfreier christlicher Nachfolge gerecht zu werden. Insbesondere denken wir dabei an Informations- und Fürbittgottesdienste zur Situation der Menschenrechte in Rumänien, die Unterdrückung der türkischen Minderheit in Bulgarien, die Schauprozesse, Todesstrafen und Säuberungswelle in China und die anhaltenden Repressionen gegen Christen und Bürgerrechtler in der CSSR.
3. Um aus Angst und Fehlinformation erwachsende staatliche Gewalt und Mißverständnisse zu überwinden, sollte sich jeder an seinem Platz in die gesellschaftlichen Diskussionsprozesse einbringen und eine demokratische Gesellschaft mit aufbauen helfen.

Arbeitsgruppe Menschenrechte -die Sprecher-
Arbeitskreis Gerechtigkeit